

Genau genommen

Warum die Zinsen

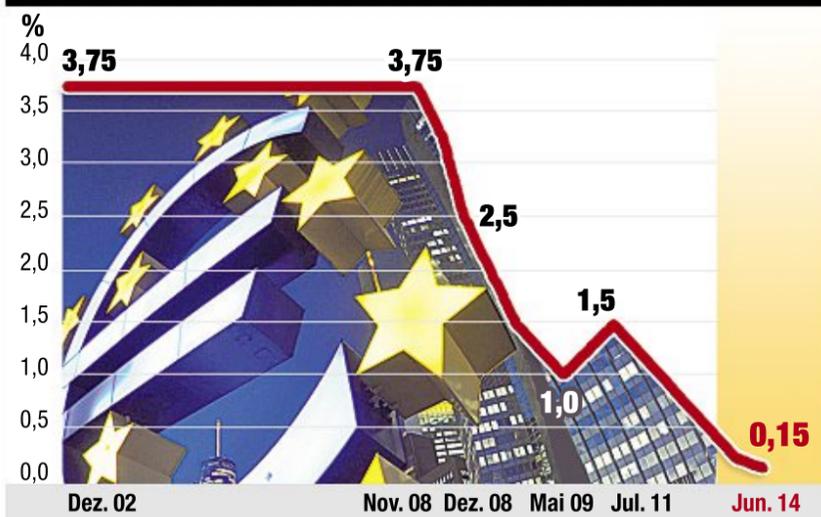
OeNB-Chef Nowotny: Maßnahmen waren notwendig, um eine neue tiefe Wirtschaftskrise in Europa zu verhindern

Die Sparer stöhnen, weil sie eine Lupe brauchen, um ihre Zinsen zu finden.

Wer einen Kredit laufen hat, reibt sich dafür die Hände. Eines steht fest: Noch nie waren die Zinsen so niedrig. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Satz, zu dem sich die Banken bei ihr Geld ausborgen („Leitzins“), auf 0,15% gesenkt. War das wirklich nötig, und vor allem, bleibt das jetzt länger so?

„Wir mussten reagieren, um eine neue Wirtschaftskrise zu verhindern“, erklärt Ewald Nowotny, als Chef der Oesterreichischen Nationalbank Mitglied im EZB-Direktorium, die tiefen Leitzinsen (siehe Grafik), an denen sich alle anderen Sätze orientieren. „Bei einer schwachen Wirtschaftslage und steigender Arbeitslosigkeit ist es die Aufgabe der EZB, Anreize für Investitionen zu setzen, die die Kon-

So fielen die Leitzinsen



junktur ankurbeln.“ Hätte man das nicht gemacht, hätte die Gefahr bestanden, dass wir in eine Krise wie in den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts fallen.

Die erhofften Impulse auf das Wachstum sind aber bis jetzt ausgeblieben. Das billige Geld kommt bei den Betrieben oft nicht an. Nowotny bemüht einen Vergleich des britischen Ökonomen Keynes: „Man kann die Pferde zur Tränke führen, aber saufen müssen sie sel-

ber.“ Die EZB schafft die Voraussetzungen für einen Aufschwung der Wirtschaft, aber investieren müssen die Betriebe selber. Nowotny gibt zu: „Da fehlt es noch ein bisschen an der psychologischen Stimmung.“ Der Aufschwung sei noch ein zartes Pflänzchen.

Einen Dauerzustand seien die niedrigen Zinsen nicht. Nowotny: „Sobald es ein deutliches Wachstum, also mehr als 2% gibt, tritt die Zinswende ein. Das wird

so niedrig sind

VON MANFRED SCHUMI

aber aus heutiger Sicht kaum vor 2016 sein.“ Aus heutiger Sicht erwartet man aber für nächstes Jahr zumindest ein Plus von 1,7%.

Für die leidgeplagten Sparer hat der OeNB-Chef einen anderen – zugegeben schwachen – Trost parat: Historisch betrachtet waren die Zinsen auf täglich fälliges Geld seit 1949 in 60% aller Monate niedriger als die Inflationsrate. „Nur hat man das früher nicht so stark gemerkt, wenn man z. B. 3% am Sparbuch bekommen hat und die Inflation bei über 4% lag.“

Es besteht immer noch die Möglichkeit, sein Geld länger und dafür mit höheren Zinsen zu veranlagen

oder mit mehr Risiko, wenn man höhere Erträge haben will. Sparen habe aber auch eine volkswirtschaftliche Funktion: „Es dient ja dazu, dass Investitionen finanziert werden oder dass man Firmen Kredit geben kann.“

Doch die gleiche EZB, die die Banken mit der Niedrigzinspolitik dazu bringen will, mehr Kredite zu vergeben, bremst gleichzeitig durch immer neue Auflagen und Vorschriften die Institute ein. Ewald Nowotny gibt zu: „Das ist nicht unproble-

matisch, es ist aber notwendig, damit wir längerfristig ein stabiles Bankensystem in der Eurozone haben.



OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny: Zinsen bleiben nicht auf Dauer so tief.

Stichwort

Internet-Handel



Peter Schnedlitz, Wirtschaftsuni Wien

Amazon will Packerln per Flugdrohne zustellen, die Post liefert bald online bestellte Lebensmittel aus – mit einem normalen Laden kann man also zusperrern!

Das ist doch teilweise Hysterie. Wenn angeblich bald 30% des Handels E-Commerce ist, müsste schon rechnerisch der Himmel verdüstert von Drohnen sein. In Wirklichkeit aber verdoppelt z. B. Zalando jedes Jahr seinen Verlust.

Aber unbestritten wächst Online als einziger Bereich im Handel noch stark.

Bei Textil haben wir 30% Internetanteil, bei Elektronik 40%. Aber bei Lebensmitteln sind 2% noch übertrieben. Ohne Angreifen usw. gibt es einfach eine große Hürde für Impulskäufe. Meine Prognose: Ohne Geschäfte würde der Onlinehandel 30% Umsatz verlieren. Außerdem ist Österreich ein schlechtes Land für E-Commerce.

Warum? Weil wir eine extreme Ladendichte haben. 98,6% aller Haushalte können binnen 15 Minuten einen „Hofer“ erreichen, das ist Weltklasse. Bei Billa und Spar ist es ähnlich. Wer soll sich da vor den Bildschirm setzen?

Experten FORUM

Wir brauchen Wachstum – aber nicht im öffentlichen Sektor. In der Industrie!



Prof. Dr. W. Clement, Wirtschaftsuni Wien

Die Alarmsignale sind auch für Schwerhörige unüberhörbar – selbst in einem der angeblich reichsten Länder der Welt. Reichen die Signale 400.000 Arbeitslose, stagnierende Einkommensentwicklung, ächzendes Budget und steigende Staatsverschuldung nicht? Zu mehr Wachstumsdynamik gibt es daher

keine Alternative. Diese muss aber in der Industrie und nicht im öffentlichen Sektor stattfinden. Industrielle Renaissance ist die neue Parole. Dazu gibt es aber weder sachliche Analysen noch einen Überblick über ein-satzfähige Instrumente. Eine nötige nationale Kraftanstrengung hätte Themen genug: Ein

Hochlohnland kann nur mit Exzellenz punkten. Also die beste Bildung und Qualifikation, die besten Forscher, Informationstechnologien, Beamten und ein zumindest etwas besseres Steuersystem. Auf diesen Voraussetzungen aufbauend, müssen sich die Firmen auch harten Fragen stellen: Für welchen Markt

habe ich die kritische Größe? Brauche ich wirklich das Lohnargument, um zu bestehen, oder kann ich mit bester Qualität punkten? Über welche Top-Dienstleistungen verfüge ich? Industrielle Renaissance bedeutet: auf breiter Basis umsetzen, was Österreichs Leading Firms uns vorzeigen.

„Ich weiß nicht, ob Facebook in 20 Jahren so eine Bedeutung hat wie jetzt. Aber die Kassafrau bei Billa, Hofer usw. wird immer noch ihre große Bedeutung für die menschliche Kommunikation behalten.“
Handelsexperte Prof. Peter Schnedlitz.
„Pro Ticket bezahlt ein AUA-Passagier ungefähr 4 € für seinen Piloten. Das ist

„Zitate“
weniger, als er für den Kaffee vorm Abflug ausgibt.“
Bordbetriebsrat Karl Minhard zum aktuellen Streit mit dem AUA-Vorstand um einen neuen Kollektivvertrag.
„Die Prognosen haben eines gemeinsam: Sie sind alle falsch.“
Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber über Vorausschau- en.

„Vater sucht Bauarbeiter oder Ähnliches für seine Tochter.“
Anzeige aus der Wochenzeitung „Prignitz Express“.
„Wir sind nicht für die Unternehmer verantwortlich, sondern für die Unternehmen, d. h. den Standort und die Arbeitsplätze.“
Präsident der Vereinigung öst. Industrieller Georg Kapsch zum Vorwurf, die IV will nur die „Reichen“ vor einer Vermögenssteuer schützen.